

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortlich: Dr. K. K. K.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreis und Dresden-Stadt.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 100,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 55,00 M. Einzelnummer 2.- M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelbhaltene Nonpareilzeile 3,00 M., Familienanzeigen 2,50 M., die 3 gelbhaltene Reklamezeile 25,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Nr. 165

Dresden, Dienstag den 18. Juli 1922

33. Jahrg.

## Selbstmord der beiden Rathenau-Meuchler

Die Verfolgung der beiden Rathenau-Mörder hat nunmehr ein jähes Ende gefunden. Es wird uns gemeldet:

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die beiden Rathenau-Mörder wurden gestern Abend auf der Burg Saxe erschossen. Ueber die Vorgeschichte wird gemeldet: Zwei Beamte berichteten am Sonnabend Abend der Kriminalpolizei Halle, daß sie in dem Burgsturm Licht gesehen hätten und sich nach ihrer Ansicht die Mörder Rathenaus dort aufhalten müßten. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Saxe und versuchten am Montag den Zutritt zu dem abgeschlossenen Turm zu erzwingen. Die anwesenden Beamten traten nicht an, weshalb Verhaftung geblieben. Währenddessen erschienen die beiden Mörder auf der Burgstraße vor dem Turm, winkten den Vorübergehenden zu und brachten ein Geschütz auf Ehrhardt aus. Um 7 Uhr erschien die Verhaftung, geräuschlos die Tür, fand jedoch die beiden Mörder nur noch mit Revolvern tot auf.

Damit fällt ein Vorhang über eine Bluttat, deren gerechtfertigte Folgen das Schuldbild der Deutschenationalen erweitert hätten. Die Berliner Kriminalpolizei veröffentlichte in diesen Tagen einen Untersuchungsbericht über die Vorgeschichte zum Rathenau-Mord. In diesem Bericht wird unter anderem von dem 17 Jahre alten Studenten Stubenrauch, einem Mitglied des Bundes der Aufrechten, und dem Studenten Wilhelm Günther gesprochen, die sich mit dem Plan, Rathenau zu ermorden, bereits im April d. J. befaßt haben. Dazu schreibt nun die Deutsche Tageszeitung, das Blatt der Norddeutschen:

Aus dieser (postulierten) Darstellung ergibt sich mit voller Deutlichkeit, daß es sich bei dem Attentat um ein Verbrechen denkbar unpolitischen Charakters gehandelt hat, deren normale Verantwortlichkeit ebenso unter dem Rangel der vaterländischen Pflicht zu haben scheint, wie es leider vielfach auch bei der sogenannten sozialistischen Jugend zu beobachten ist. Für die Mörder eines 17jährigen Gymnasialisten und einiger ihm geistig gleichwertiger hat man eine politische Partei verantwortlich machen wollen.

Zunächst sei festgestellt, daß der sozialistischen Jugend bisher noch keine Beteiligung an irgendeinem Mord nachgewiesen werden kann. Im übrigen aber geht die Deutsche Tageszeitung über die Tatsache hinweg, daß die „Wahntöten“ nur durch die heftigste Schelbentzweigung deutschnationaler und deutschböhmischer Organe entstehen konnten. Die „politische Partei“, die für die „Wahntöten“ verantwortlich gemacht wird, zählte in ihren Jugendorganisationen den Mordklub zu einer Höhe, für die eine politisch unreihe Mitglieder der deutschnationalen Jugend büßen müssen.

## „In Dresden wurden die Fäden gesponnen“

Es fällt uns auf, daß kein einziges bürgerliches Blatt jene Stelle aus der Rede des Ministers Dipl. im Landtage kommentiert, die darauf hinweist, daß die Fäden des Meuchelmordes an Rathenau in Dresden gesponnen worden sind. Das hat seine guten Gründe. Heute wissen wir, daß diese Fäden gesponnen wurden unter den Augen eines Polizeipräsidenten, von dem mehr als einem Eingeweihten bekannt war, daß er hergehohtes Material über die „Selbstschuß“-Organisationen in Dresden angeordnet hatte, ohne die notwendigen Schritte gegen sie zu unternehmen. Jetzt allmählich fädert etwas durch über die Gründe, die die bürgerliche Presse zu so auffallendem Schweigen veranlassen: Polizeipräsident Grille trug nämlich einen erheblichen Teil der Schuld daran, daß die Fäden in Dresden so ungehindert arbeiten konnten. In den Kreisen unserer Reichstagsabgeordneten war bereits vor 14 Tagen ganz offen die Rede davon, daß der Polizeipräsident Dr. Grille die wichtigsten und bedeutungsvollsten Berichte über die Zusammenkünfte über das Treiben und die Pläne der „Mörderorganisation C“ und anderer „Selbstschuß“-Organisationen seinem vorgesetzten Ministerium vorenthalten habe.

Auf unsere Erkundigung an zuständiger Stelle haben wir zwar die Einzelheiten dieser Vorgänge nicht erfahren können, weil man an Anstattstelle begrifflicherweise wegen der Morduntersuchung manches noch geheimhalten muß. So viel aber glauben wir den Auskünften entnehmen zu dürfen, daß in der Tat der Polizeipräsident wichtige und schwerwiegende Berichte über das Treiben der Mörderorganisationen seiner vorgesetzten Behörde nicht eingereicht, also vorenthalten, und daß er auch nichts gegen diese Banditen getan oder auch nur beantragt hat.

Wir glauben nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß diese Art der Begünstigung von Mörderorganisationen sehr wesentlich zum blutigen Sturz Grilles und zu der Form der Fassung der amtlichen Notiz über seinen Sturz beigetragen hat. In dieser Notiz hieß es bekanntlich am 8. Juli, daß er vom Gesamtministerium seines Postens entlassen worden sei. Erst im Zusammenhang mit den hier geschilderten Vorgängen wird diese ungewöhnliche Form einer amtlichen Notiz verständlich. Es ist damit auch verständlich, daß die (etwa 2000) bürgerlichen Wähler mit einer Ausnahme, in der für Grille gesprochen wurde, an diese auch für sie unangenehme Dinge möglichst nicht zu rühren wogen. Gäßen sie nicht alle Butter auf dem Kofe, so würden sie schon in die Sonne gehen und laut schreien über die Kaffstellung eines der ihren.

## Die vertagte Entscheidung

Die Krisenstimmung, die eine ganze Woche lang den Reichstag und die Presse in Aufregung versetzte, ist überstanden. Die Unabhängige Sozialdemokratie, in deren Hand am Montag die Entscheidung lag, hat von den wenigen Möglichkeiten als Ausweg aus der Krise, über die sie Beschlüsse zu fassen hatte, den billigsten gewählt und beschlossen, den Gesetzen zum Schutze der Republik zuzustimmen und ihr Verlangen auf Eintritt in die Regierung bis nach den Herbstferien zu vertagen. Neben dieser Möglichkeit zur Verteidigung der Neuwahlen bestand noch als Ausweg die Erweiterung der Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen zu einer Fraktionsgemeinschaft. Teils aus tatsächlichen, teils aus parteitechnischen Rücksichten wurde diese Möglichkeit, die einem Vorschlag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entfiel, nicht gewählt, ihre Erörterung jedoch im Auge behalten. Der Beschluß der unabhängigen Reichstagsfraktion erfolgte mit 39 gegen 17 Stimmen.

Nach der Sitzung der unabhängigen Reichstagsfraktion und deren Beschlußfassung, die mehrere Stunden in Anwesenheit der Reichstagsfraktionen unterrichtet. Später empfing Dr. Wirth die Führer der Sozialdemokratie, um anlässlich des Beschlusses der U. S. D. die veränderte Situation zu besprechen. Auch die Gewerkschaften traten nachmittags ebenfalls mit den sozialistischen Parteien zusammen, um von der Haltung der unabhängigen Reichstagsfraktion Kenntnis zu nehmen. Gegen Abend befaßte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der neu geschaffenen Situation. Da auch die Deutsche Volkspartei für das Schutzesetz stimmen wird, ist die Zweidrittelmehrheit gesichert. Ueber die Situation wird uns vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst geschrieben:

Die politischen Kräfte im Reichstag besaßen sich am Montag dem Tag der entscheidenden Fraktionsitzungen, im Zustande des Gleichgewichts. Geringes auf der einen oder auf der anderen Seite kann den Ausschlag geben. Gegen Abend schien jedoch die Waage so zu stehen, als ob der Reichstag diesmal nach noch Vertagung der Gesetze über den Schutz der Republik in die Ferien gehen und die letzte Entscheidung bis auf den Herbst vertagen müßte.

Die Frage, um die es sich handelt, ist, kurz gesagt, die: Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft muß sich darüber entscheiden, ob sie die Gesetze in der Form, die sie in der zweiten Sitzung angenommen haben, und ihre Durchführung durch die gegenwärtige Regierung zunächst für ausreichend erachtet. Die beiden Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft beraten voneinander getrennt. Eine Majorisierung der Unabhängigen durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist daher ausgeschlossen. Man kann im Gegenteil sagen, daß sich der Schluß der ganzen Lage bei der Fraktion der Unabhängigen befindet, auf die von der sozialdemokratischen Fraktion nicht der geringste Druck ausgeübt worden ist.

Das beste Mittel, den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung durchzusetzen, wäre die sofortige Veranhandlung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in eine Fraktionsgemeinschaft. In dem Augenblick, in dem eine einheitliche sozialdemokratische Fraktion von 180 Mitgliedern besteht, sind die vier Sozialdemokraten im Reichstagsministerium Vertreter der ganzen Fraktion, also auch der bisherigen U. S. D.-Fraktion. Einem Parteigebiete, das über 100 Mitglieder verfügt, würde man weitere Blöße in der Regierung unwürdig verweigern können, wenn man auf seine Mitarbeit überhaupt noch Gewicht legt, und dann hätte es die sozialdemokratische Gesamtfraktion ohne weiteres in der Hand, Mitglieder der bisherigen U. S. D.-Fraktion in die Regierung zu bringen.

Es trägt sich jetzt, daß die Wiedernäherung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen so lange gedauert hat, daß die Arbeitsgemeinschaft so spät beschlossen wurde und daß auch jetzt noch, wie es scheint, der Weg zur Fraktionsgemeinschaft nicht offen liegt. Kommt es zur Vertagung, so wird die Zeit bis zum Wiederausammentritt des Reichstages dazu benutzt werden müssen, die Einigkeit zwischen den beiden voneinander getrennten Blöcken der Sozialdemokratie fester zu machen und sie so unzerbrechlich zu gestalten, daß sich in ihrem Verhalten mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft die Geschicke von Österreich und vom irischen Topf wiederholen kann.

Käme es zur Vertagung, so wäre der Beschluß für die Massen der republikanisch und sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft einzuwirken aufzudeckeln. Die Gesetze zum Schutze der Republik, die zunächst fünf Jahre lang in Kraft bleiben sollen, geben einer energisch auf den Schutz der Republik bedachten Regierung brauchbare Handhaben zur Bekämpfung der monarchistischen Gefahr. Wertvoller aber noch als dies ist die steigende Aussicht auf eine völlige Einigkeit des Bruderreichs zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien auf die Wiederherstellung der einzigen deutschen Sozialdemokratie, wie sie bis zum Kriegsjahr 1916 bestand. Die Paufe bis zum Wiederausammentritt des Reichstages wird dazu benutzt werden müssen, durch Einigkeit die Kräfte zu stärken. Dann wird man der Entscheidung, die der Herbst bringen mag, getroßt entgegensehen dürfen.

## Der Block der Mitte

Der „Block der Mitte“, wie die bürgerlichen Mittelparteien ihren „Mürgerblock“ nennen, ist bisher noch nicht offiziell beschlossen worden. Es besteht jedoch jetzt kein Zweifel mehr darüber, daß ein derartiger Beschluß noch vor der Vertagung des Reichstages gefaßt wird. Die bürgerliche Presse gibt sich in Vorahnung dessen bereits die erheblichsten Mühen, um die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der Mittelparteien zu rechtfertigen und sie in der parlamentarischen Welt erscheinen zu lassen. Besonders das Berliner Tageblatt betont, daß es sich nicht etwa um eine „Mürgerblock“

## Vor einer neuen Reparationskrise

Die Unmöglichkeit weiterer Zahlungen — Ein neuer englischer Vorschlag

Mit der Gewißheit der für Dienstag geplanten Rückkehr des Garantiekomitees nach Paris steigert die französische Regierung ihren Einfluß auf die nationalistische Presse, um ein Moratorium unmöglich oder doch von Bedingungen abhängig zu machen, die für Deutschland unannehmbar sind. Bekanntlich hat die Reparationskommission eine endgültige Beschlußfassung über den deutschen Zahlungsantrag vertagt, um zunächst die Rückkehr des Garantiekomitees und dessen Berichterstattung abzuwarten. Soweit in Berlin bekannt ist, dürften die Berichte des Garantiekomitees über die deutsche Finanzlage und die Maßnahmen der Reichsregierung, die Inflation einzudämmen, günstig ausfallen. Diese Tatsache durchkreuzt naturgemäß jene bisher von der französischen Regierung vertretene Auffassung über die Lösung des Reparationsproblems, und es ist deshalb verständlich, wenn Herr Poincaré neue Drohungen ausstößt, sowie alles tut, um die Situation zugunsten seiner Regierung und damit zugunsten des nationalen Blocks zu retten. Das Hauptgewicht scheint der französischen Regierung auf die Feststellung zu liegen, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht eingehalten und damit den Vertrag verletzt hat. Aus dieser Feststellung, die angeht die Haltung der englischen Regierung, die überhaupt der Auffassung der Mehrheit der Mitglieder der Reparationskommission ausgeschlossen ist, würde die Vertagung des schon lange geheuten Wunsches Poincarés resultieren: Die Befreiung des Ruhrgebiets und weiterer rheinischer Gebiete.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Vernunftspolizei der Gallente dem Wunsche der französischen Regierung auf Feststellung einer deutschen „Schuld“ fügen werden, da gerade in allerletzter Zeit die Ansicht triumphiert, daß auf dem bisher eingeschlagenen Wege der Reparationspolitik eine Rettung Europas nicht möglich ist. Trotzdem aber ist für die kommenden Tage mit einer Reparationskrise zu rechnen, deren Ausgang vorläufig noch abzuwarten bleibt.

Die deutsche Regierung hat in Rom, Paris, London und Brüssel eine Note überreichen lassen. In der die Reichsregierung aus dem Moratoriumsgebot geltend gemachten Gründen die Unmöglichkeit der Zahlungen nachweist für die Privatgüter, die während des Krieges beschlag-

nommt waren und auf Grund des Versailler Vertrages zurückzugeben sind.

Die Daily News führen in einem viel beachteten Artikel aus, es sei unbedingt nötig, daß ohne jeden Verzug ein Plan für die wirtschaftliche Neuordnung Europas gefunden werde. Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands, das Schicksal Österreichs und der freischlag der Haager Konferenz seien Vorzeichen einer Katastrophe. Die Lösung des ganzen Problems hänge mit einer englisch-französischen Verständigung über die Reparationsfrage zusammen. Mit Bezug hierauf unterbreiten die Daily News einen Vorschlag, der folgende sechs Hauptpunkte enthält:

1. Die französischen Schulden an England müssen annulliert werden;
2. Frankreich muß einer Verabredung der Reparationsschuld auf 2500 Millionen Pfund zustimmen;
3. Frankreich ratifiziert die Washingtoner Abkommen und verzichtet seine Forderungen auf ein noch festzusetzendes Niveau;
4. ein allgemeiner Garantieklausel muß aufgestellt werden, um Frankreich gegen eventuelle Angriffe zu sichern;
5. eine internationale Anleihe muß zustande gebracht werden, die hauptsächlich Frankreich zugute kommen soll;
6. Deutschland muß zum Völkerbund zugelassen werden, und zwar als ständiges Mitglied im Rate des Völkerbundes.

Die Reparationskommission hat der Reichsregierung eine Note überreichen lassen, in der die Inkraftsetzung des Wiesbadener Abkommens für den 20. Juli gemeldet wird. In nachstehenden Kreisen glaubt man, daß man sich auf diesen Termin einigen wird.

## Neuer Einspruch der Garantiekommission

Berlin, 18. Juli. In den Verhandlungen mit der Garantiekommission veranlaßt, daß die Garantiekommission Einspruch gegen die unterirdische Verlegung von Telefonen und Telegraphenstellen erhoben hat, analog dem Einspruch gegen den Grenzschutzfonds in der Reichsrentenabnahmeverwaltung. Aufeinanderbrechen bei diesen Forderungen auch militärische Elemente mit.

ger  
opäd  
g 56  
gerie  
k Horn  
K. Köpping  
Tel. 31 776  
ido Müller  
18 und am  
hert  
Köbler  
33 - Tel. 28 487  
Drogerie  
reich, Dres-  
straße 45  
Dietrich  
erie, Leipz.  
DA  
Lößnitz  
Damen-  
Kein  
reise  
chf.  
Kurz-  
mpftrick,  
ollw. usw.  
t. Weiß,  
nd Spielw,  
Meldort:  
Str. 10c  
Herrnort:  
usschnitt  
acherari.  
abe 48 c.  
werkstätte  
n. Hute  
zen -  
erspr. 2827  
de  
De haut  
alle 12  
Tabak  
argarine  
rodrer  
erei -  
nd Fein-  
stollen  
er  
1. Weiz-  
ckerei  
ndtort:  
ger  
nd Fein-  
rt  
of-tr.9  
92 -  
lungs-  
X  
Führ-  
7 2268  
Nachf.  
llung  
el. 36  
rader,  
staltie  
Lutke  
ngels,  
rdinge  
Lino-  
peten  
le 19  
check  
artikel  
r- und  
al 4  
ad  
Nr. 10  
ke  
a Ge-  
heret  
liere  
30  
gute  
rühko  
chuh-  
chuh  
wren  
statis  
waren  
erret  
raße  
Kass